

Protokoll der achten ordentlichen Sitzung des Hochschulausschusses am 27.05.2025

Anwesende: Lukas Drescher*, Greta Langschwager*, Laura Falk, Fritz Herkenhoff,
Daniel Mäckelmann, Kenan Bilen

*: Ausschussmitglieder

Sitzungsleitung: Lukas

Protokoll: Laura

Sitzungsort: LMS8 - R.EG.010 und via Zoom (hybrid)

Beginn: 14:08 Uhr

TOP 0: Begrüßung und Vorstellungsrunde

- Die Sitzungsleitung begrüßt die Anwesenden zur insgesamt neunten Sitzung des Hochschulausschusses.
- Die Vorstellungsrunde wird übersprungen.

TOP 1: Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Die Tagesordnung wird per Akklamation angenommen.
- Die Sitzungsleitung stellt fest, dass die Sitzung mit zwei von fünf anwesenden Mitgliedern nicht beschlussfähig ist.

TOP 2: Antrag 82-10-01: Lehramt an der CAU abschaffen

Eine ursprünglich geplante Pressemitteilung des AStA zu dem Antrag ist den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugegangen. Diese befasst sich in ironischer Weise mit der Problematik, dass das geplante Modell einen negativen Korrekturfaktor für angehende Lehrkräfte beinhaltet. Es wird auch Kritik an der Verwendung des Modells als Grundlage für die zukünftige Hochschulfinanzierung geübt. Mindestens eine Änderung muss noch erfolgen: Im Dokument wird sich auf einen Beschluss aus dem Studierendenparlament, welcher jedoch nicht erfolgte.

Der Antrag wurde zur Überarbeitung an den Hochschulausschuss überwiesen, da sich das StuPa unsicher war, wie es mit dem Antrag umgehen soll.

Daniel hat zwei Änderungen vorbereitet, eine mit kleinen Änderungen und einen mit neuem Ansatz.

Im StuPa wurde diskutiert, ob es sinnvoll ist, dass der AStA etwas ironisch verbreitet, aber das StuPa nichts ironisch beschließen kann. Diese Diskussion wird auf der Sitzung aufgegriffen und fortgesetzt.

Um den aktuellen Antrag allein kann keine Presse gemacht werden, da es an einem wirklichen Aufhänger fehlt. Aus demselben Grund kann die ironische Forderung des Antrags nicht gestrichen werden.

Der ursprüngliche Antrag war für manche nicht auf Anhieb als ironisch erkennbar und die Erklärung auf der Sitzung hat die Problematik nicht in ausreichender Weise darlegen können. Es musste sich geeinigt werden, ob Antrag und Pressemitteilung beide ernst oder ironisch sein sollen.

Das StuPa sieht sich als ernstes Gremium und möchte nur ernste Anträge beschließen. Es besteht eine Diskrepanz zwischen Antrag und Pressemitteilung, da der Antrag ernst gemeint ist und die Pressemitteilung ironisch.

Die Schriftstücke sollen einander angepasst werden, damit diese einen einheitlichen Ton ergeben. Im Text soll an das Land appelliert werden, dass die Kürzung nicht sinnvoll ist und sie die Hinweise des CHE selbst zum CHE-Modell ignorieren.

Es werden Änderungen und Vorgehensweisen diskutiert. *Der Antrag wird angepasst und an das StuPa zurücküberwiesen.*

TOP 3: Umgang mit Flaggen auf der Demo am 12.06.

Vor der letzten Demo wurde bereits diskutiert, ob Flaggen gezeigt werden dürfen. Zu diesem Zeitpunkt nahten die Bundestagswahlen. Der Beschluss war, dass keine parteinahen Flaggen gezeigt werden dürfen.

Das Problem bei der Planung der aktuellen Demo ist, dass die Demo im Wahlzeitraum der Studiowahlen stattfindet. Daher sollen auch die antretenden Hochschulgruppen bzw. Wahllisten einmal diskutieren können, wie damit umgegangen wird.

Contra Flaggen zulassen:

- Die für die Studiowahlen antretenden Hochschulgruppen/Listen haben unterschiedlich viele Flaggen zur Verfügung, einige besitzen gar keine eigenen Flaggen. Falls sich für ein Flaggenverbot für Hochschulgruppen entschieden wird, gibt es das Problem, dass die parteinahen Listen dann über die Jugendorganisationen Flaggen zeigen können.
- Vom AStA gibt es die Befürchtung, dass die Demo als Wahlkampfaktion von Listen gekapert wird. Der Protest soll aber ein allgemein studentischer Protest sein, nicht ein Protest der Hochschulgruppen/Listen.

Pro Flaggen zulassen:

- Wenn viele verschiedene Flaggen von Hochschulgruppen und verschiedenen Organisationen gezeigt werden, verdeutlicht das die Solidarität, die sich durch die verschiedenen Organisationen trägt.
- Die mitorganisierenden Hochschulgruppen/Listen werden repräsentiert, diese haben Arbeit in Planung und Ausführung investiert.

Vorschlag: Die Hochschulgruppen/ Listen dürfen keine Flaggen zeigen aber Banner.

Meinungsbilder (es dürfen alle Anwesenden abstimmen):

Zum Verfahren: Alle Anwesenden dürfen bei jedem Punkt dafür stimmen, wenn sie eine Policy zum Umgang mit Flaggen bzw. Bannern unterstützen würden. Es wird bei der am wenigsten restriktiven Maßnahme begonnen und die am wenigsten restriktive Maßnahme gewählt, die eine Mehrheit der Anwesenden überzeugt.

- Flaggen
 - Flaggen unbegrenzt zu lassen: 1
 - Flaggen in begrenzter Anzahl 1
 - **Flaggen verbieten: 4**
- Banner
 - Banner uneingeschränkt zu lassen: 1
 - **Banner begrenzt: 4**
 - Banner verbieten: 1

TOP 4: Sonstiges und Verschiedenes

- Hinweis auf die Demo und Vollversammlung am 12.06.2025
- Hinweis auf die StuPa-Sitzung am 16.06.2025

Ende der Sitzung: 15:49 Uhr.

Lehramt an der CAU abschaffen

Antragsteller*innen:

Daniel Mäckelmann, Lukas Drescher (beide UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Senat aufzufordern, das Profil Lehramt an Gymnasien aus der Zwei-Fächer-Prüfungsordnung zu streichen. Die Studierenden, die aktuell dieses Profil studieren, sollen in das Profil „Fachergänzung“ überführt werden. Das Studienangebot des Zentrums für Lehrkräftebildung sollte ebenfalls in den Profilbereich des Profils „Fachergänzung“ überführt werden.

Die Konvente der Philosophischen-, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen- und der Technischen Fakultät werden außerdem aufgefordert, die Fachprüfungsordnungen für Kunst (1F M.Ed.), Mathematik (1F M.Ed.) und Informatik (1F M.Ed.) aufzuheben.

Antragsbegründung:

Lehramtsstudierende wirken sich künftig negativ auf die Uni-Financen aus. Also sollten wir einfach keine Lehramtsstudierenden mehr ausbilden. Sollte das Land weiterhin eine Lehrkräfteausbildung an der CAU haben wollen, darf sich diese nicht negativ auf die Finanzen der CAU auswirken und das Land muss gegebenenfalls entstehende Finanzierungslücken schließen.

Die Lehrkräfteausbildung ist primär auch ein Service der Uni an das Land, das so hochqualifizierte Lehrkräfte für die heimischen Schulen bekommt. Lehrkräfte werden aktuell dringend gesucht, daher darf es für die CAU nicht nachteilig sein, zusätzliche Lehrkräfte auszubilden.

Außerdem kann bei einer ersatzlosen Streichung des Lehramtsstudiums die anstehende Re-Zertifizierung des Profils „Lehramt an Gymnasien“ gestoppt werden, wodurch auch hier Kosteneinsparungen entstehen.

Somit ist es aus Sicht der Antragsstellenden angesichts der angeschlagenen Finanzsituation der CAU nur pragmatisch und folgerichtig, das Lehramtsstudium in Kiel aufzugeben. Der Senat sollte daher, zum Wohle der gesamten Universität, die entsprechenden Satzungsänderungen vornehmen.

Lehramt an der CAU abschaffen?

Antragsteller*innen:

Daniel Mäckelmann, Lukas Drescher (beide UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, sich folgendermaßen zu den neuen Überlegungen der Landesregierung zur Hochschulfinanzierung zu äußern:

Das Studierendenparlament der CAU bewertet das zur Verteilung der Mittel verwendete Modell als ungeeignet. Die Mittel, die den Universitäten für Lehramtsstudierende zugeteilt werden, sind deutlich geringer, als dies für Studierende der gleichen Fachrichtung, die nicht Lehramt studieren, der Fall wäre. Dies impliziert, dass der Landesregierung Lehramtsstudierende deutlich weniger wichtig seien, als die übrigen Studierenden. Außerdem reißt diese Neubewertung ein großes Loch in den Haushalt unserer Universität. An den aktuellen Diskussionen zur Haushaltskonsolidierung wurden bisher keine studentischen Vertreter*innen beteiligt.

Wären wir kein seriöses Gremium, würden wir jetzt den Senat aufzu fordern, das Profil Lehramt an Gymnasien aus der Zwei-Fächer-Prüfungsordnung zu streichen. Die Studierenden, die aktuell dieses Profil studieren, sollten in das Profil „Fachergänzung“ überführt werden. Das Studienangebot des Zentrums für Lehrkräftebildung sollte ebenfalls in den Profilbereich des Profils „Fachergänzung“ überführt werden.

Die Konvente der Philosophischen-, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen- und der Technischen Fakultät würden werden wir außerdem aufgefordernt, die Fachprüfungsordnungen für Kunst (1F M.Ed.), Mathematik (1F M.Ed.) und Informatik (1F M.Ed.) aufzuheben.

Da wir aber ein seriöses Gremium sind, fordern wir stattdessen die Landesregierung auf, die durch das Finanzierungsmodell und insbesondere durch den „Negativen Korrekturfaktor je Lehramtsstudierenden“ entstehenden Finanzierungslücken an der CAU auszugleichen. Außerdem fordern wir den Senat der CAU auf, auch studentische Vertreter*innen in der Konsolidierungskommission zu beteiligen.

Antragsbegründung:

Lehramtsstudierende wirken sich künftig negativ auf die Uni-Finanzen aus. Also sollten wäre es eigentlich nur folgerichtig, wir einfach keine Lehramtsstudierenden mehr auszubilden. Sollte das Land weiterhin eine Lehrkräfteausbildung an der CAU haben wollen, darf sich diese nicht negativ

auf die Finanzen der CAU auswirken und das Land muss gegebenenfalls entstehende Finanzierungslücken schließen.

Die Lehrkräfteausbildung ist ~~primär~~ auch ein Service der Uni an das Land, das so hochqualifizierte Lehrkräfte für die heimischen Schulen bekommt. Lehrkräfte werden aktuell dringend gesucht, daher darf es für die CAU nicht nachteilig sein, zusätzliche Lehrkräfte auszubilden.

~~Außerdem kann bei einer ersatzlosen Streichung des Lehramtsstudiums die anstehende Re-Zertifizierung des Profils „Lehramt an Gymnasien“ gestoppt werden, wodurch auch hier Kosteneinsparungen entstehen.~~

Somit wäre ~~ist~~ es aus Sicht der Antragsstellenden angesichts der angeschlagenen Finanzsituation der CAU nur pragmatisch und folgerichtig, das Lehramtsstudium in Kiel aufzugeben. ~~Der Senat sollte daher, zum Wohle der gesamten Universität, die entsprechenden Satzungsänderungen vornehmen.~~ Aus allgemeiner Verantwortung für das Land halten wir dies nicht für zielführend. Die universitären Organe, insbesondere der Senat und das Präsidium sollten aber diese Entscheidung der Landesregierung deutlicher, auch öffentlich, kritisieren.

Lehramt an der CAU nicht abschaffen

Antragsteller*innen:

Daniel Mäckelmann (UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Senat und die Universitätsleitungskonferenz der CAU aufzufordern, trotz aller Sparzwänge das Profil „Lehramt an Gymnasien“ nicht abzuschaffen. Trotz der, durch das neue Modell der Hochschulfinanzierung ausgedrückten, geringeren Wertschätzung des Lehramtsstudiums durch die Landesregierung halten wir das weitere Angebot dieser Studienmöglichkeit für außerordentlich wichtig.

Antragsbegründung:

Lehramt ist wichtig, und ein elementarer Bestandteil des Studienangebotes der CAU.

Studierendenparlament fordert die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der CAU

Obacht! Der folgende Abschnitt könnte ein reales Problem mit einer ironischen Forderung kommentieren.

In seiner Sitzung vom 19. 05.2025 wurde der Antrag „Lehramt an der CAU abschaffen“ durch das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beschlossen. In diesem forderten die Mitglieder des Studierendenparlamentes den Senat dazu auf, sich für die Abschaffung der Zwei-Fach Profile für das Lehramt und des 1-Fach Master of Education für Mathematik, Musik und Informatik einzusetzen. Die Studierenden, die diese Profile studieren, sollen in das Profil Fachergänzung geschoben werden. Grund hierfür ist der vom Land vorgelegte Entwurf zum neuen Verteilungsschlüssel, in welchem sich angehende Lehrkräfte negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken. Hierbei sind aufgrund ihres hohen Anteils an Lehramtsstudierenden vor allem die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Europa-Universität Flensburg betroffen. Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel möchte mit der Forderung die Implikationen des Modells an der Christian-Albrechts Universität zu Kiel umgesetzt sehen. Denn wenn die Lehrkräftebildung für das Land Priorität hat, würde das Land niemals einen negativen Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende einführen. Daher wird angenommen, dass der bisher geleistete Service der Universitäten, für das Land die Lehrkräfte auszubilden, die für einen funktionierenden Schulbetrieb benötigt werden, nicht mehr nachgefragt wird. Das Studierendenparlament hat leider bisher keine Kenntnis darüber, woher die Lehrkräfte in Zukunft kommen sollen, jedoch waren die Antragsteller*innen davon überzeugt, dass das Bildungsministerium hier eine gute Idee hat und unter keinen Umständen eine kurzsichtige Entscheidung im Bereich der Bildung trifft. Vermutet wird, dass diese aus Niedersachsen kommen, da das Bundesland nahe bei Schleswig-Holstein liegt und Lehrkräfte deutlich über den eigenen Bedarf ausbildet.

„Wir als allgemeiner Studierendenausschuss begrüßen den Beschluss des Studierendenparlaments und werden uns mit aller Kraft für die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der Christian-Albrechts-Universität einsetzen. Wir haben großes Vertrauen in die Berechnung des Bildungsministeriums und können diesen negativen Korrekturfaktor absolut nachvollziehen. Daher fordern auch wir die Christian-Albrechts-Universität dazu auf, auf die hier gesetzten Anreize zu reagieren“, sagt Fritz Herkenhoff, Mitglied des Vorstands des allgemeinen Studierendenausschusses.

Obacht! Im folgenden Abschnitt wird ernsthaft über die Problematik des CHE-Modells geredet

Die Anwendung des CHE-Modells zur Mittelvergabe bei den Hochschulen ist für uns weder Nachvollziehbar noch akzeptabel. Selbst das CHE hat angemerkt, dass das Modell eine Grundlage für die politische Diskussion und eine Beschreibung des Status Quo außerhalb von Schleswig-Holstein ist. Dass dieses Modell jetzt im Hauruckverfahren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein eingeführt werden soll, halten wir für nicht sinnvoll. Zudem ist der negative Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende in Zeiten von Lehrkräftemangel vollkommen unsinnig und die im Bildungsausschuss vorgebrachte Begründung fernab der Realität. Gerade vor dem Hintergrund der Verwaltungsgebühren/Verwaltungskostenbeiträge, die Studierende belasten werden, ist es eine Frechheit vonseiten des Ministeriums, 25000 Studierenden im Gegenzug eine fast zehnprozentige Kürzung des Budgets der Universität aufzubürden. Das Ministerium zeigt hier einmal mehr, dass es sich nicht für die Belange von Studierenden interessiert und opfert die langfristige Entwicklung des Landes für eine kurzfristige Schönung seines Haushalts.

„Wir fordern, dass das Land ernsthaft in die Bildung investiert und sich dafür einsetzt, dass das Bildungssystem langfristig auskömmlich ausfinanziert wird. Der Wissenschaftsrat hat bereits festgestellt, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein um 7% unterfinanziert ist. Das Land sollte diese Lücke verkleinern und sich nicht dafür rühmen, dass die Unterfinanzierung lediglich gleich geblieben ist.“ Merkt Laura Falk, Mitglied des AStA-Vorstandes

Studierendenparlament fordert die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der CAU

Obacht! Der folgende Abschnitt könnte ein reales Problem mit einer ironischen Forderung kommentieren.

In seiner Sitzung vom 16.06.2025 wurde der Antrag „Lehramt an der CAU abschaffen“ durch das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beschlossen. In diesem forderten die Mitglieder des Studierendenparlamentes den Senat dazu auf, sich für die Abschaffung der Zwei-Fach Profile für das Lehramt und des 1-Fach Master of Education für Mathematik, Musik und Informatik einzusetzen. Die Studierenden, die diese Profile studieren, sollen in das Profil Fachergänzung geschoben werden. Grund hierfür ist der vom Land vorgelegte Entwurf zum neuen Verteilungsschlüssel, in welchem sich angehende Lehrkräfte negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken. Hierbei sind aufgrund ihres hohen Anteils an Lehramtsstudierenden vor allem die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Europa-Universität Flensburg betroffen. Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel möchte mit der Forderung die Implikationen des Modells an der Christian-Albrechts Universität zu Kiel umgesetzt sehen. Denn wenn die Lehrkräftebildung für das Land Priorität hat, würde das Land niemals einen negativen Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende einführen. Daher wird angenommen, dass der bisher geleistete Service der Universitäten, für das Land die Lehrkräfte auszubilden, die für einen funktionierenden Schulbetrieb benötigt werden, nicht mehr nachgefragt wird. Das Studierendenparlament hat leider bisher keine Kenntnis darüber, woher die Lehrkräfte in Zukunft kommen sollen, jedoch waren die Antragsteller*innen davon überzeugt, dass das Bildungsministerium hier eine gute Idee hat und unter keinen Umständen eine kurzsichtige Entscheidung im Bereich der Bildung trifft. Vermutet wird, dass diese aus Niedersachsen kommen, da das Bundesland nahe bei Schleswig-Holstein liegt und Lehrkräfte deutlich über den eigenen Bedarf ausbildet.

„Wir als allgemeiner Studierendenausschuss begrüßen den Beschluss des Studierendenparlaments und werden uns mit aller Kraft für die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der Christian-Albrechts-Universität einsetzen. Wir haben großes Vertrauen in die Berechnung des Bildungsministeriums und können diesen negativen Korrekturfaktor absolut nachvollziehen. Daher fordern auch wir die Christian-Albrechts-Universität dazu auf, auf die hier gesetzten Anreize zu reagieren“, sagt Fritz Herkenhoff, Mitglied des Vorstands des allgemeinen Studierendenausschusses.

Obacht! Im folgenden Abschnitt wird ernsthaft über die Problematik des CHE-Modells geredet

Die Anwendung des CHE-Modells zur Mittelvergabe bei den Hochschulen ist für uns weder Nachvollziehbar noch akzeptabel. Selbst das CHE hat angemerkt, dass das Modell eine Grundlage für die politische Diskussion und eine Beschreibung des Status Quo außerhalb von Schleswig-Holstein ist. Dass dieses Modell jetzt im Hauruckverfahren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein eingeführt werden soll, halten wir für nicht sinnvoll. Zudem ist der negative Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende in Zeiten von Lehrkräftemangel vollkommen unsinnig und die im Bildungsausschuss vorgebrachte Begründung fernab der Realität. Gerade vor dem Hintergrund der Verwaltungsgebühren/Verwaltungskostenbeiträge, die Studierende belasten werden, ist es eine Frechheit vonseiten des Ministeriums, 25000 Studierenden im Gegenzug eine fast zehnprozentige Kürzung des Budgets der Universität aufzubürden. Das Ministerium zeigt hier einmal mehr, dass es sich nicht für die Belange von Studierenden interessiert und opfert die langfristige Entwicklung des Landes für eine kurzfristige Schönung seines Haushalts.

„Wir fordern, dass das Land ernsthaft in die Bildung investiert und sich dafür einsetzt, dass das Bildungssystem langfristig auskömmlich ausfinanziert wird. Der Wissenschaftsrat hat bereits festgestellt, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein um 7% unterfinanziert ist. Das Land sollte diese Lücke verkleinern und sich nicht dafür rühmen, dass die Unterfinanzierung lediglich gleich geblieben ist.“, bemerkt Laura Falk, Mitglied des AStA-Vorstandes

Landesregierung erkennt Wert der Lehrkräfteausbildung

Antragsteller*innen:

Greta Langschwager (LHG) und Lukas Drescher (UDP) für den Hochschulausschuss,
Fritz Herkenhoff (AStA-Vorstand), Laura Falk (AStA-Vorstand),
Daniel Mäckelmann (UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge sich verwundert zeigen, dass sich Lehramtsstudierende künftig negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken sollen.

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Senat aufzufordern, der durch das neue Hochschulfinanzierungs-Modell ausgedrückten Prioritätensetzung der Landesregierung zu folgen, und das Profil "Lehramt an Gymnasien" abzuschaffen. Die Studierenden, die aktuell dieses Profil studieren, sollen in das Profil „Fachergänzung“ überführt werden. Das Studienangebot des Zentrums für Lehrkräftebildung sollte ebenfalls in den Profilbereich des Profils „Fachergänzung“ überführt werden.

Die Konvente der Philosophischen-, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen- und der Technischen Fakultät werden außerdem aufgefordert, die Fachprüfungsordnungen für Kunst (1F M.Ed.), Mathematik (1F M.Ed.) und Informatik (1F M.Ed.) aufzuheben.

Der AStA wird beauftragt, hierzu die angehängte Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Antragsbegründung:

Lehramtsstudierende wirken sich künftig negativ auf die Uni-Finzen aus, da im neuen Verteilungsschlüssel für die Mittel des Landes ein negativer Korrekturfaktor für diese enthalten ist. Dementsprechend sehen wir darin einen Anreiz für die Universitäten, keine Lehramtsstudierenden mehr auszubilden. Entsprechend folgen wir mit unserer Forderung lediglich der offenbaren Prioritätensetzung der Landesregierung.

Die Lehrkräfteausbildung ist primär auch ein Service der Uni an das Land, das so hochqualifizierte Lehrkräfte für die heimischen Schulen bekommt. Lehrkräfte werden aktuell dringend gesucht, daher darf es für die CAU nicht nachteilig sein, zusätzliche Lehrkräfte auszubilden.

Somit ist es aus Sicht der Antragsstellenden angesichts der angeschlagenen Finanzsituation der CAU nur pragmatisch und folgerichtig, das Lehramtsstudium in Kiel aufzugeben. Der Senat sollte

daher, zum Wohle der gesamten Universität, die entsprechenden Satzungsänderungen vornehmen.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

Studierendenparlament fordert die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der CAU

Obacht! Der folgende Abschnitt könnte ein reales Problem mit einer ironischen Forderung kommentieren.

In seiner Sitzung vom 16.06.2025 wurde der Antrag „Lehramt an der CAU abschaffen“ durch das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beschlossen. In diesem forderten die Mitglieder des Studierendenparlamentes den Senat dazu auf, sich für die Abschaffung der Zwei-Fach Profile für das Lehramt und des 1-Fach Master of Education für Mathematik, Musik und Informatik einzusetzen. Die Studierenden, die diese Profile studieren, sollen in das Profil Fachergänzung geschoben werden.

Grund hierfür ist der vom Land vorgelegte Entwurf zum neuen Verteilungsschlüssel, in welchem sich angehende Lehrkräfte negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken. Hierbei sind aufgrund ihres hohen Anteils an Lehramtsstudierenden vor allem die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Europa-Universität Flensburg betroffen. Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel möchte mit der Forderung die Implikationen des Modells an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel umgesetzt sehen. Denn wenn die Lehrkräftebildung für das Land Priorität hat, würde das Land niemals einen negativen Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende einführen. Daher wird angenommen, dass der bisher geleistete Service der Universitäten, für das Land die Lehrkräfte auszubilden, die für einen funktionierenden Schulbetrieb benötigt werden, nicht mehr nachgefragt wird. Das Studierendenparlament hat leider bisher keine Kenntnis darüber, woher die Lehrkräfte in Zukunft kommen sollen, jedoch waren die Antragsteller*innen davon überzeugt, dass das Bildungsministerium hier eine gute Idee hat und unter keinen Umständen eine kurzsichtige Entscheidung im Bereich der Bildung trifft. Wir lassen uns in dieser Annahme auch nicht von der Kritik des Landesrechnungshofs irritieren.

„Wir als allgemeiner Studierendenausschuss begrüßen den Beschluss des Studierendenparlaments und werden uns mit aller Kraft für die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der Christian-Albrechts-Universität einsetzen. Wir vertrauen darauf, dass es eine gute Begründung für den negativen Korrekturfaktor bei Lehrämter*innen gibt, das Ministerium diesen aber bisher für sich behält. Daher fordern auch wir die Christian-Albrechts-Universität dazu auf, auf die hier gesetzten Anreize zu reagieren“, sagt Fritz Herkenhoff, Mitglied des Vorstands des allgemeinen Studierendenausschusses.

Obacht! Im folgenden Abschnitt wird ernsthaft über die Problematik des CHE-Modells geredet

Die Anwendung des CHE-Modells zur Mittelvergabe bei den Hochschulen ist für uns weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Selbst das CHE hat angemerkt, dass das Modell eine Grundlage für die politische Diskussion und eine Beschreibung des Status Quo außerhalb von Schleswig-Holstein ist. Dass dieses Modell jetzt im Hauruckverfahren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein eingeführt werden soll, halten wir für nicht sinnvoll. Zudem ist der negative Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende in Zeiten von Lehrkräftemangel vollkommen unsinnig und die im Bildungsausschuss vorgebrachte Begründung fernab der Realität. Gerade vor dem Hintergrund der Verwaltungsgebühren/Verwaltungskostenbeiträge, die Studierende belasten werden, ist es eine Frechheit vonseiten des Ministeriums, den 25000 CAU-Studierenden im Gegenzug eine fast zehnprozentige Kürzung des Budgets der Universität aufzubürden. Das Ministerium zeigt hier einmal mehr, dass es sich nicht für die Belange von Studierenden interessiert und opfert die langfristige Entwicklung des Landes für eine kurzfristige Schönung seines Haushalts.

„Wir fordern, dass das Land ernsthaft in die Bildung investiert und sich dafür einsetzt, dass das Bildungssystem langfristig auskömmlich ausfinanziert wird. Der Wissenschaftsrat hat bereits festgestellt, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein um 7% unterfinanziert ist. Das Land sollte diese Lücke verkleinern und sich nicht dafür rühmen, dass die Unterfinanzierung lediglich nicht noch größer geworden ist.“, bemerkt Laura Falk, Mitglied des AStA-Vorstands.